



## Hausmitteilung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir blicken auf ein bewegtes politisches Jahr zurück. Die Welt erschauerte angesichts der Fukushima Katastrophe, wohingegen sie beim arabischen Frühling mit bangte, hoffte und sich freute. Doch nicht nur international war das Jahr 2011 spektakulär. Auch auf nationaler Ebene war einiges los: Wir erinnern uns an den Fall und Rücktritt Guttenbergs, der Absturz der FDP und den Wechsel der Landesregierung in Baden-Württemberg. Aktuell beschäftigt sich die Bundes-, Landes- und teilweise auch die Kommunalpolitik mit dem braunen Terror in Deutschland. Nach der Mordserie der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ wird der Kampf gegen Neonazis bundesweit verschärft. Die SPD-Fraktion ist ebenfalls erschüttert über die Ausmaße des Rechtsextremismus und hat die städtische Verwaltung in einem offenen Brief dazu aufgefordert, die Flagge gegen Rechts zu hissen. Hierzu und zu vielen weiteren Karlsruher Themen erfahren Sie in unserem aktuellen Report. Viel Spaß beim Lesen!

Weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und unseren Report finden Sie auf unserer Homepage unter [www.spd-fraktion-ka.de](http://www.spd-fraktion-ka.de).

*Doris Baitinger*  
Fraktionsvorsitzende

*Pınar Karacınar*  
Fraktionsgeschäftsführerin

## SPD-Fraktion setzt sich erneut für Drais Bolzplatz ein

„Wo würden wir denn hinkommen, wenn Bolzplätze verkleinert werden, um Jugendliche fernzuhalten“, kritisiert die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Yvette Melchien. Dies ist aus Sicht der SPD-Stadträte nicht akzeptabel. „Jugendliche brauchen in ihren Stadtteilen Bewegungsfreiräume und diese gilt es zu verteidigen“, fordert die SPD-Gemeinderatsfraktion. Nachdem sich bei der Veranstaltung im Kinder- und Jugendtreff Mühlburg zum Thema Drais-Bolzplatz sowohl die Kinder und Jugendlichen, als auch die anwesenden Fraktionsvertreter sowie der Bürgerverein für dessen vollständige Erhaltung eingesetzt und dadurch ein klares Votum gegen eine Verkleinerung des Platzes abgaben, geht die SPD-Fraktion davon aus, dass der Vorschlag des Gartenbauamtes zur Verkleinerung der Fläche nun nicht weiter verfolgt wird. „Daher liegt unser Augenmerk jetzt auf der Sanierungsbedürftigkeit des Platzes bei Beibehaltung der bestehenden Größe und gleichzeitig auf den Möglichkeiten im Zuge der Sanierung lärmmindernde Maßnahmen einzusetzen“, erklärt SPD-Stadträtin Angela Geiger. In der Vergangenheit gab es immer wieder Beschwerden aus der Nachbarschaft über den „Lärm“, der von

auf dem Bolzplatz spielenden Kindern und Jugendlichen ausging.



Foto: J. Bredehorn/pixelio.de

Welche Möglichkeiten es zur Lärmreduzierung bei Beibehaltung der bestehenden Größe gibt, die man im Zuge einer Sanierung umsetzen kann und in welchem Maße der Bolzplatz sanierungsbedürftig ist, möchte die SPD-Fraktion in einer Anfrage von der Stadtverwaltung wissen. Abschließend möchten die Sozialdemokraten erfahren, ob dafür Mittel im Haushalt vorhanden sind.

**Karlsruher treffen Karlsruhe auf der Buga**

Ganz im Lichte Karlsruher Projekte stand die dies-jährige Studienreise der SPD-Gemeinderatsfraktion, die nach Koblenz und Mainz führte.

Die Bundesgartenschau in Koblenz bot der Karlsruher Delegation einen willkommenen Anlass sich vor Ort ein Bild davon zu machen. Mustergärten, Themenausstellungen, ein weitläufiges Hochplateau mit umfangreichen Rosen- und Staudenpflanzungen luden zum Spazieren und Bestaunen ein. Besonders erfreut waren die SPD-Stadträte, als sie auf der Buga den Karlsruher Fächer erblickten, ein Beitrag der Stadt Karlsruhe, die als einzige Stadt neben Koblenz einen eigenen Ausstellungsbeitrag stellte. Mitarbeiter des Gartenbauamtes Karlsruhe hatten Holzplateaus in der berühmten Fächerform Karlsruhes zum Sitzen installiert. Diese laden die Buga-Besucher nicht nur zum Verweilen und Ausruhen ein, sondern enthalten auch Informationen über die Fächerstadt.

Doch die gelungene Gartenschau hinterließ einige Wehmutstropfen. Karlsruhe hatte sich ursprünglich für die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 beworben. Doch die Fraktionen der CDU und FDP brachten dieses Vorhaben zu Fall, als sie kurz vor der Kommunalwahl 2004 im Gemeinderat - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - die Stadtverwaltung zwangen die Bewerbung für die Buga 2015 zurückzuziehen. „Es ist eine verpasste Chance für Karlsruhe“, bedauerte SPD-Fraktionschefin Doris Baitinger, besonders nachdem sie vor Ort die Aufwertung von Koblenz durch die Buga feststellen konnte.



Foto: P. Karstner

Ein weiterer Schwerpunkt des Besuchs war der Gedankenaustausch mit den Fraktionskollegen der Mainzer Sozialdemokraten im Stadtrat. Diese waren ganz besonders an den Erfahrungen Karlsruhes mit dem ECE-Center am Ettlinger Tor interessiert. Mit Stolz konnten die Karlsruher Gemeinderäte von der eigenen Erfolgsgeschichte mit dem ECE-Center berichten. Befürchtungen, dass die Besucherzahlen auf der Kaiserstraße zurückgehen und die Innenstadt aussterben könnte, bewahrheiteten sich nicht. Ganz im Gegenteil: Die Innenstadt wurde durch diese zusätzliche Attraktion deutlich aufgewertet. „Zählungen der Wirtschaftsförderung ergaben nach einiger Zeit sogar, dass sich die Besucherzahlen auf der Kaiserstraße nahezu verdoppelt hatten, was auf eine Vergrößerung des Einzugsgebietes zurückzuführen ist“, so SPD-Stadtrat Hans Pfalzgraf.

**SPD-Fraktion will Flagge gegen Rechts hissen**

Die Karlsruher SPD-Fraktion hat die städtische Verwaltung in einem offenen Brief dazu aufgefordert, die Flagge gegen Rechts als Zeichen gegen den rechtsextremen Terror zu hissen.



Foto: R. Fränkle

„Die Neonazi Mordserie hat ganz Deutschland und natürlich auch die Karlsruher Bevölkerung erschüttert. Unsere Gesellschaft ist schockiert

über die Ausmaße des rechtsextremen Terrors, vor dem man nicht mehr die Augen verschließen kann“, erklärt SPD-Stadträtin Elke Ernemann.

Die SPD-Fraktion möchte deshalb, dass die Stadt Karlsruhe mit dem Hiszen der Flagge gegen Rechts ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzt.

In der Vergangenheit hatte die Stadtverwaltung die Flagge gegen Rechts bereits einmal im Zuge der Kampagne „Karlsruhe zeigt Flagge gegen rechts“ gehisst. Anlass war die geplante Errichtung eines Schulungszentrums der NPD in Durlach. Ein weiteres Mal wurde die Fahne wegen eines geplanten rechtsextremen Aufmarsches in Karlsruhe herausgeholt.

Aus aktuellem Anlass möchte die SPD-Fraktion, dass diese Flagge wieder gezeigt wird. „Das Hiszen der Flagge würde die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wieder für das Thema Rechtsextremismus sensibilisieren und gleichzeitig ein Zeichen dagegen setzen“, so SPD-Stadtrat Jürgen Marin abschließend.

**Teil 3 der Serie:****Stadträtin im Porträt****Gisela Fischer – Weiherfeld-Dammerstock, Rüpurr**

Seit 2004 sitzt Gisela Fischer für die SPD im Karlsruher Gemeinderat. Die Betreuungsstadträtin für die Stadtteile Weiherfeld-Dammerstock und Rüpurr ist zudem Sprecherin für öffentliche Einrichtungen und für das Klinikum zuständig. Die Rechtsanwältin ist als Schriftführerin im Vorstand der SPD-Fraktion. Gisela Fischer ist zudem Vorsitzende der Zoofreunde und auch anderweitig ehrenamtlich sehr aktiv. Mit ihrer hinterfragenden Art sowie ihrem vielschichtigen Engagement hat sie Einblicke in viele Themenfelder und ist eine Bereicherung für die Karlsruher SPD.

*Mehr über Gisela gibt es unter: [www.spd-fraktion-ka.de](http://www.spd-fraktion-ka.de) zu lesen.*

**SPD-Fraktion fordert Entsorgungsstationen für Hundekot**

Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag an die Stadtverwaltung gefordert, dass in den zentralen Grünanlagen der Innenstadt und in den zentralen Grünanlagen der Stadtteile sowie den stark frequentierten Spazierwegen Entsorgungsstationen mit speziellen Beuteln für die Entsorgung von Hundekot aufgestellt werden.

„In einer Stadt der Größenordnung Karlsruhes fallen pro Tag ca. 500 bis 600 kg Hundekot an“, erklärt SPD-Stadträtin Elke Ernemann. „Fast jeder von uns ist schon einmal in einen Hundehaufen getreten und hat sich darüber geärgert. Das muss nicht sein!“, stellen die Sozialdemokraten fest. Zudem birgt Hundekot ein gesundheitliches Gefährdungspotential. „Die Übertragung von Salmonellen, Haken- und Bandwürmer ist möglich.

Diese wiederum können verschiedene Leber- und Lungenkrankheiten hervorrufen“, führt Ernemann die Problematik weiter aus. „Wird dieser gefährliche Hundekot nicht sofort vom Hundehalter beseitigt, besteht die Gefahr, dass Passanten hineintreten und den infektiösen Schmutz zum Teil bis in die Wohnung verbreiten“, so SPD-Stadtrat Dr. Heinrich Maul.

Eine geeignete Lösung sieht die SPD-Fraktion in einem geschickt verteilten Angebot an Entsorgungsstationen, die auch Hundekotbeutel enthalten. Dadurch wird jeder Hundehalter dazu aufge-

fordert, den Kot seines Hundes nicht einfach liegen zu lassen. Durch die Bereitstellung von Müllbeuteln, die auch gleichzeitig als Handschuhe verwendet werden können, haben Hundehalter

auch keine Ausreden.

„Erfolgsversprechend ist das Ganze nur, wenn die Entsorgungsstationen an den bekannten Ausfühwegen für Hunde im Stadtbereich und in den Stadtteilen aufgestellt werden“, so die Sozialdemokraten abschließend.



Foto: G. Schöbner/pixello.de

In Städten und Gemeinden, in den bereits Hundetoiletten oder Entsorgungsstationen aufgestellt wurden, wurde das Problem „Hundekot“ zu deren Zufriedenheit gelöst.

**SPD-Fraktion: Mergen unterschlägt Fakten**

„Es ist einfach unglaublich, dass eine Finanzbürgermeisterin bei der Darstellung des städtischen Haushalts einen Betrag von 12 Millionen Euro unter den Tisch fallen lässt“, kritisierte SPD-Fraktionschefin Doris Baitinger. „Entweder ist sie nicht in der Lage richtig zu rechnen oder sie unterschlägt wichtige Entscheidungen der rot-grünen

Landesregierung, die der Stadt Karlsruhe zugute kommen“, ergänzte SPD-Stadtrat Michael Zeh. Frau Mergen hatte in einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass sie das Defizit im städtischen Haushalt am Jahresende auf knapp 16 Millionen Euro schätze. „Dabei hat sie aber unterschlagen, dass die baden-württembergische Landesregierung

sich sowohl bei der Schulsozialarbeit als auch beim Ausbau der Kindertagesstätten (Kita) für unter Dreijährige finanziell in großem Umfang beteiligen wird“, lautete die Kritik der SPD an Frau Mergen in einer Pressemitteilung. Bereits im Jahr 2012 bekommt die Stadt Karlsruhe von der rot-grünen Landesregierung hierfür 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diesen Betrag hat die Finanzbürgermeisterin bei der Berechnung des städtischen Defizits für das Jahr 2012 nicht berücksichtigt. Das Defizit fällt bei Berücksichtigung der finanziellen Unterstützung des Landes deutlich geringer aus. „Da Frau Mergen diese Umstände bekannt sein mussten, können wir uns den von ihr bekannt gegebenen falschen Betrag nur

dahingehend erklären, dass sie die finanziellen Anstrengungen der neuen Landesregierung unter den Tisch fallen lassen wollte. Dies ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Es kann nicht sein, dass der Karlsruher Bevölkerung falsche Zahlen vorgelegt werden, indem zugesagte Zahlungen der Landesregierung in den Schätzungen nicht berücksichtigt werden“, so lautete die Kritik der SPD-Fraktion. Wenige Tage nach Erscheinen der Pressemitteilung der SPD-Fraktion ruderte die Finanzbürgermeisterin zurück und korrigierte die falschen Zahlen. Mergen erklärte, dass ihr zum Zeitpunkt ihrer Pressekonferenz die Zahlen der Landesregierung angeblich noch nicht vorgelegen hätten.

## SPD-Fraktion fordert Gemeinschaftsgärten für Karlsruhe

In den letzten Jahren hat auch in Deutschland eine neue Gartenbewegung Fuß gefasst. „Unter Stichworten wie interkulturelle Gärten, Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftsgärten oder „urban gardening“ finden sich eine Vielzahl von städtischen Initiativen deren Ziel das Gärtnern im urbanen Umfeld ist“, erklärt SPD-Stadträtin Gisela Fischer. In ihrer Unterschiedlichkeit haben alle diese Gärten das gemeinschaftliche Gärtnern und Bewirtschaften städtischer Freiräume gemeinsam. Die unterschiedlichen sozialen Milieus der städtischen Nachbarschaft treffen hier zusammen und lernen sich gegenseitig kennen. Die Bewohner gestalten ihr Umfeld durch eine bunte Gartenwelt und sorgen damit nebenbei für ein besseres Mikroklima im Quartier. „Durch die Gartenwirtschaft entsteht eine Sensibilität für Umweltthemen und gesunde Ernährung“, erklärt SPD-Stadträtin Ute Müllerschön. In Baden-Württemberg gibt es inzwischen eine große Anzahl von Gemeinschaftsgär-

ten (Aalen, Ditzingen, Eberbach, Esslingen, Freiburg, Mannheim, Neckargemünd, Stuttgart-Degerloch) und weitere sind bereits in Planung. Insbesondere diese Gemeinschaftsgärten sollten in ihrer Vielfalt schwerpunktmäßig im Ausschuss vorgestellt werden. Bei der Suche nach möglichen Standorten sind die Wohnungsbaugesellschaften mit einzubeziehen.

Aus diesen Gründen hat die Karlsruher SPD-Fraktion folgenden Antrag an die Stadtverwaltung gestellt:

1. Die Verwaltung stellt im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen die Konzeption von Gemeinschaftsgärten vor.
2. Die Verwaltung prüft, welche Flächen im Stadtgebiet sich für Gemeinschaftsgärten eignen

### Die Stadträtinnen und Stadträte SPD-Fraktion wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr 2012



**Doris Baitinger  
Hans Pfalzgraf  
Michael Zeh  
Elke Ernemann  
Jürgen Marin**

**Ute Müllerschön  
Gisela Fischer  
Dr. Heinrich Maul  
Angela Geiger  
Yvette Melchien**

**Impressum:** Der SPD-Report wird vierteljährlich herausgegeben von der SPD-Fraktion Karlsruhe, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe

Telefon: 0721-29290, Telefax: 0721-23433, E-Mail: spd@fraktion.karlsruhe.de, Internet: www.spd-fraktion-ka.de

**Verantwortlich:** Doris Baitinger, Fraktionsvorsitzende; **Redaktion und Layout:** Pinar Karacinar, LL.M., Fraktionsgeschäftsführerin

**Bilder:** Pixelio, Bildstelle der Stadt Karlsruhe, Pinar Karacinar; **Druck:** Druckerei Bernd Böckle, Karlsruhe; Auflage: 2.200